

Obwohl Mitte 2011 publiziert, lassen beide Herausgeberkollektive die integrationspolitische Zäsur im Zeichen der europäischen Staatschuldenkrise nahezu unkommentiert – ein Wermutstropfen, da gerade konkrete Analysen zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Integrationsleitbildern sowie zur Legitimität und Effektivität der EU-Rettungsmechanismen aktuell wichtige Forschungsdesiderate darstellen.

Torben Fischer

Fülle von Einsichten in die deutsch-französischen Beziehungen

Defrance, Corine und Ulrich Pfeil: Deutsch-Französische Geschichte Band 10. Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 bis 1963, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2011, 324 Seiten, € 69,90.

Miard-Delacroix, Hélène: Deutsch-Französische Geschichte Band 11. Im Zeichen der europäischen Einigung 1963 bis in die Gegenwart, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2011, 404 Seiten, € 69,90.

Lequesne, Christian: Frankreich im neuen Europa (Reihe Denkart Europa. Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Band 17), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2011, 114 Seiten, € 15,-.

Jüngere Darstellungen über die deutsch-französische Nachkriegsgeschichte sind beiderseits des Rheins eher selten. Insofern verdienen die hier anzulegenden Bände der elfteiligen Reihe über die beiderstaatliche Geschichte besondere Aufmerksamkeit. Beide füllen eine Lücke – dieses Ergebnis darf schon einleitend festgehalten werden. In ihrer Darstellung der ersten Nachkriegsjahrzehnte geben *Corine Defrance*, Historikerin an der Universität Paris-Sorbonne, und *Ulrich Pfeil*, Professor für Deutschlandstudien an der Universität Metz, zunächst einen etwa 140-seitigen Überblick über die Entwicklung der Nachkriegsbeziehungen. Daran schließt sich ein über 100-seitiger Teil mit „Fragen und Perspektiven“ an. Im ersten Teil ihres Buches geht es zunächst um die Vorstellungen der vierten Besatzungsmacht in Deutschland: „Que faire de l'Allemagne?“ (S. 43). Die verschiedenen schon von den Résistance- und Exilgruppen ausgearbeiteten Pläne sowie die Überlegungen des Chefs der Provisorischen Regierung nach der Befreiung Frankreichs im Sommer 1944, General *Charles de Gaulle*, werden vorgestellt und gewertet. Dabei bemühen sich die Autoren unter Berücksichtigung neuester Forschungsergebnisse, die französische Besatzungspolitik differenzierter darzustellen, als dies lange Zeit geschah. „Die Deutschlandpolitik *de Gaulles* [...] rankte sich [zunächst] um die drei Pole: Rang [Frankreichs in der Welt], Sicherheit und Reparationen (besonders Kohle)“ (S. 46). In diese Periode fallen die Erwägungen, das damalige Reichsgebiet eher zu dezentralisieren als auseinander zu brechen. *De Gaulles* vordringlichstes Ziel war, Einfluss auf das in der britischen Besatzungszone gelegene Ruhrgebiet zu gewinnen. „Aber weder die USA noch Großbritannien noch die Sowjetunion ließen sich zu einer Abtrennung von Rheinland und Ruhrgebiet bewegen“ (S. 50): Die französischen Maximalforderungen, die auch nach dem Rücktritt des Generals im Januar 1946 von dessen Nachfolgern erhoben wurden, hatten folglich keine Chance. Im Gegenteil: vor dem sich zunehmend schärfer

abzeichnenden Kalten Krieg zwischen den Siegermächten mussten die französischen Regierungen ihre „harte Politik“ (S. 50) aufgeben und sich letztlich, wenn auch widerstrebend, der anglo-amerikanischen (West-)Deutschlandpolitik anpassen. „Die Furcht vor einem gewaltsamen sowjetischen Übergreifen auf Westeuropa nährte parallel zum ‚Feindbild Deutschland‘ ein ‚Feindbild Sowjetunion‘, das die Antagonismen zwischen Frankreich und Westdeutschland zu verwischen begann“ (S. 53). Unter dem seit Juli 1947 amtierenden Außenminister *Robert Schuman* setzte sich am Quai d’Orsay eine zunehmend realistischere Position durch, die auf eine wirtschaftliche und politische Westintegration der sich herausbildenden Bundesrepublik setzte.

Die Autoren räumen auch mit der in der älteren Literatur häufig vorherrschenden Meinung auf, Frankreich habe seine Besetzungszone systematisch ausgeplündert. Neben allen wirtschaftlichen Härten, die die Besatzungsmacht ihrer Zone auferlegte, dominierte eine generöse Kulturpolitik, die besonders das Bildungswesen reformierte. Ein Meilenstein in der beiderseitigen Aussöhnung war *Robert Schumanns* unerwarteter Vorschlag vom Mai 1950, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer obersten Aufsichtsbehörde zu unterstellen. Es verwundert nicht, dass *Konrad Adenauer* dieses überraschende Angebot umgehend akzeptierte. Es bedeutete nur fünf Jahre nach Kriegsende, dass die Siegermacht Frankreich willens war, auf diesem (damals) wirtschaftlich entscheidenden Gebiet Souveränitätsrechte auf ein supranationales Organ zu übertragen und dadurch die Bundesrepublik als gleichberechtigten Partner zu akzeptieren. Letztlich bildete die Schaffung der Montanunion die Vorstufe für die Unterzeichnung der Römischen Verträge von 1957 zum Aufbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Politiker beiderseits des Rheins erhofften sich von der wirtschaftlichen Verflechtung, dass diese „schließlich die politische Integration sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl in Europa fördern“ werde (S. 96).

Der politische Weg zum im Januar 1963 unterzeichneten Elysée-Vertrag wird von den Autoren unter Berücksichtigung des persönlichen Verhältnisses zwischen *Charles de Gaulle* und *Konrad Adenauer*, der deutsch-französischen Solidarität während der Berlinkrise sowie diverser, letztlich aber gescheiterter Vorschläge *de Gaulles* zu Gunsten einer Vertiefung der westeuropäischen Zusammenarbeit betrachtet. Beide Staatsmänner waren zu der Einsicht gekommen, „die künftige gemeinsame Arbeit durch eine [auch ihre Nachfolger bindende] politische Vereinbarung abzusichern“ (S. 111). *De Gaulles* Hauptmotiv nach dem Scheitern der *Fouchet*-Pläne war, mit einer engen beiderseitigen Kooperation auf vielfältigen Gebieten den Rang seines Landes im Kräfteparallelogramm der Großmächte zu erhöhen. Für *Adenauer* bot der „Freundschaftsvertrag“ die Gewähr für eine dauerhafte Westbindung der Bundesrepublik. Durch das Vorschalten einer Präambel in das Ratifizierungsgesetz durch den Deutschen Bundestag wurde allerdings für *de Gaulle* der „Gründungsakt“ der bilateralen Beziehungen (S. 115) seines Wesensgehalts beraubt. Den deutschen Parlamentariern ging es vor allem darum, eine Abkoppelung der Bundesrepublik von den übrigen westlichen Alliierten zu vermeiden. *De Gaulles* Nein zum Beitritt Großbritanniens zur EWG tat ein Übriges, einen deutsch-französischen Alleingang durch die Präambel einzuzgrenzen.

Der zweite Teil des Buches beinhaltet insgesamt sechs Tiefenschnitte, um an „Fragen und Perspektiven“ die unterschiedlichen, aber auch gemeinsamen Standpunkte und Positionen herauszuarbeiten: von „Die düstere Franzosenzeit?“, in der eine Abkehr von einer anfänglich harten Besatzung zu einem auf Kooperation beruhenden Umdenken skizziert wird, bis zu „Gesellschaftlicher Wandel und Modernisierung“ in beiden Staaten. Die Autoren kommen zu dem Fazit, dass „zwischen beiden Staaten und Gesellschaften ein Vertrauenspotential

entstanden [ist], auf das zukünftige Kooperationen aufbauen konnten“ (S. 249). Subtil werden all diese Facetten ausgeleuchtet und vermitteln ausgezeichnete Kenntnisse über die „Befindlichkeit“ beider Staaten.

Hélène Miard-Delacroix schließt mit ihrem auf sehr breiter Literaturbasis fußenden Buch an die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen nach Verabschiedung des Kooperationsvertrages an. Dabei stellt sie den „Wert“ des Paktes in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen, die sich ebenfalls in eine Überblicksdarstellung und Tiefenschnitte gliedern. Die regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs, der Minister und besonders der hohen Beamten haben allen Unstimmigkeiten, tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten und gelegentlichen persönlichen Animositäten zum Trotz dem deutsch-französischen Tandem kontinuierlich neuen „Schwung“ gegeben. „[Es] galt in allen Bereichen als unverzichtbare Keimzelle für den Fortschritt Europas, doch verfolgten beide Teile nicht selten divergierende Interessen und Ziele, [...] so dass es stets große Mühe kostete, zu einer Annäherung zu gelangen“ (S. 326). Der Leser gewinnt bei der Lektüre einen hervorragenden Einblick in die Entwicklung der bald fünfzigjährigen Geschichte des Elysée-Vertrages. Wie sehr die zwischenstaatlichen Beziehungen vom persönlichen Verhältnis der jeweiligen Staats- und Regierungschefs geprägt wurden, beleuchtet die Autorin geradezu minutiös: Auf die Phase der Abkühlung noch unter *de Gaulle* und *Ludwig Erhard* sowie *Kurt-Georg Kiesinger* folgten „Erwärmungsphasen“ – weniger unter *Willy Brandt* und *Georges Pompidou* – als vielmehr unter *Helmut Schmidt* und *Valéry Giscard d'Estaing* sowie insbesondere unter *François Mitterrand* und *Helmut Kohl*. Der Konsultationsrahmen des Vertrages wurde jeweils voll ausgeschöpft – auch in Zeiten tiefgehender Verstimmung. Blieb noch in den sechziger Jahren der zweite Teil des Vertrages, in dem es um eine Annäherung in Verteidigungsfragen ging, weitgehend ungenutzt, da – nach Ansicht des Generals – die Bundesrepublik „noch nicht reif für das von ihm angestrebte ‚europäische‘ Europa mit deutsch-französischem Kern“ sei (S. 33), gelang es den Nachfolgern, diesen Vertragsteil zu aktivieren. Letztlich dominierte bei allen politisch Verantwortlichen beiderseits des Rheins – trotz etlicher Enttäuschungen, Fehlentwicklungen und Defizite gerade bei der industriellen Kooperation – die Pflicht, das Vertragswerk auszuschöpfen. „Zwischen dem intellektuellen Anspruch *Mitterrands* und dem induktiven, pragmatischen Stil *Kohls* bestand ein auffallender Kontrast, doch einte beide Männer ihre historische Vision der Politik“ (S. 329). Im zweiten Teil des Buches werden nach wie vor bestehende Unterschiede zwischen beiden Ländern in insgesamt neun Kapiteln thematisiert. Diese reichen von den Ursachen und Auswirkungen der „68er Bewegung“ über die terroristischen Anschläge in Deutschland in den 1970er Jahren bis zu Analysen über den Wandel der Arbeitsgesellschaft, die Lebensweisen und neuen gesellschaftlichen Diskrepanzen. Auf relativ überschaubarem Raum gewinnt der Leser durch die Lektüre der beiden Bände eine Fülle von Einsichten nicht nur in die wechselvolle Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen seit 1945 sowie die beiderseitige Verflechtung, sondern auch in wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen. Ein Defizit konnte trotz aller „Freundschaftsbekundungen“ nicht gemindert werden: die fehlende Beherrschung der jeweiligen Sprache des Nachbarn. Lernten in Deutschland im Jahr 2005 (noch) knapp 17 Prozent aller Schüler Französisch, so sank in Frankreich die Zahl der Deutschlernenden drastisch auf unter acht Prozent (S. 337).

Christian Lequesne, Forschungsdirektor am Pariser Institut des Sciences Politiques, stellt Frankreichs Rolle im erweiterten Europa der 27 Staaten in den Mittelpunkt seines Essays und fragt nach den Auswirkungen, die die „neue“ EU für die französische Außen- und

Europapolitik hat. Frankreichs zunächst zögerliches, ja abwartendes Verhalten, sich den Gegebenheiten nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums anzupassen, führt er auf die Skepsis der politischen Eliten zurück, ob das Land in einer erweiterten EU seinen bisherigen Rang bewahren könne. Für ihn hat die Erweiterung in Frankreich mehr Unruhe als Enthusiasmus hervorgerufen. „[Sie] erschüttert die Position Frankreichs im Spiel der europäischen Kompromisse; sie verändert die Voraussetzungen für das gemeinsam mit Deutschland ausgeübte Leadership; sie macht es erforderlich, Kompromisse mit den ‚kleinen‘ Ländern Mittel- und Osteuropas zu schließen“ (S. 11). Zunächst wird auf die Dynamisierung des europäischen Einigungsprozesses in den 1980er Jahren unter *Mitterrand* und *Kohl* verwiesen, die schließlich zum Vertrag von Maastricht führte. Diese Jahre sind „durch die Verkettung konkreter Projekte, durch ein echtes co-leadership Deutschlands und Frankreichs und durch den ‚permissiven Konsens‘ der Bürger gekennzeichnet“ (S. 29). Der Beitrittswillen der ehemaligen kommunistischen Staaten zur EU wurde, so *Lequesne*, von den Pariser Politikern „völlig unterschätzt“ (S. 38). Dass diese Länder gleichzeitig auch aus Sicherheitsgründen eine enge Anlehnung an die USA verfolgten, schürte in Paris Misstrauen. Folglich stand Frankreich einem Beitritt zunächst reserviert gegenüber, denn es fürchtete sich auch „vor einem Wiederaufstehen der deutschen Macht auf dem Umweg über Osteuropa“ (S. 44). Letztlich sah es seine bisher ausgeübte Dominanz in einer „neuen“ EU gefährdet. Zwar akzeptierte es schließlich den Beitritt, aber „in Frankreich [bildet sich] eine neue Art von Euroskeptizismus [heraus]“ (S. 65), der zum Nein der Franzosen bei der Abstimmung über die Europäische Verfassung im Mai 2005 führte. „Hauptgrund für das Nein ist die Ablehnung eines liberalen Europas und die Angst vor den Wirkungen des europäischen Marktes auf die Wirtschaft Frankreichs“ (S. 63). Der Begriff „liberal“ beinhaltet in Frankreich, so *Lequesne*, etwas „Schädliches“, dessen negative Reichweite durch das Suffix „neo“ oder „ultra“ noch verstärkt werden kann (S. 82).

Der Leser gewinnt den Eindruck, dass der Autor vor der Unfähigkeit seiner Landsleute resigniert, die Realität des „neuen“ Europas zu erkennen, obwohl es Frankreichs Wirtschaft zu neuen, lukrativen Absatzmärkten verholfen hat. Die befürchtete Überschwemmung des Arbeitsmarktes mit „polnischen Klempnern“ ist ausgeblieben. In einem sehr knappen Nachwort (die französische Fassung wurde im August 2008 abgeschlossen) setzt sich *Lequesne* mit *Nicolas Sarkozys* Europapolitik auseinander. Hauptanliegen des Staatschefs sei es, dass die „EU dazu dienen soll, das französische nationale Interesse zu fördern“; dies sei am besten gewährleistet durch „den Intergouvernementalismus, das Aushandeln zwischen den Mitgliedstaaten“ (S. 110). Fazit: „Die Europapolitik konzentriert sich auf das Management des Alltäglichen, ... sie ist keine ehrgeizige Politik“ (S. 113). Insgesamt ist *Lequesne* eine höchst informative, nüchterne Analyse der französischen Europapolitik seit *Mitterrands* Amtszeit (dieser schreibt sich immer mit zwei „r“) gelungen. Zukunftsweisende Perspektiven hin zu einer Politischen Union sind von Frankreichs gegenwärtigen politischen Eliten nicht zu erwarten.

Udo Kempf